

ten Jahr hatten die chinesischen Ölraffinerien nach offiziellen Angaben auf Grund hoher internationaler Ölpreise und den heimischen Preiskontrollen einen Verlust von 3,7 Mrd. US\$ zu verzeichnen. Als Resultat stiegen die chinesischen Ölexporte in der ersten Hälfte von 2005 um fast 50% an, da die Unternehmen auf höhere Profite spekulierten. Gleichzeitig kam es in China zu Versorgungsengpässen, da kleinere Raffinerien unter Kapazität produzierten, sich Tankstellen weigerten, Benzin an Motorräder zu verkaufen und die Regierung Ölproduzenten stark subventionieren musste.

Den Wünschen der Ölproduzenten entsprechend und in der Hoffnung auf eine Erhöhung der Energieeffizienz des Landes hat die NDRC den Vorschlag für einen neuen Preissetzungsmechanismus unterbreitet, demzufolge Preise entsprechend der Bewegung von internationalen Rohölpreisen schwanken dürfen.

David Hurd, Analyst der Deutschen Bank in Beijing, schätzt, dass die Regierung Benzinpreise um 20% erhöhen könnte, während Dieselpreise konstant blieben. In China wird die doppelte Menge an Diesel gegenüber Benzin verkauft. (WSJ, 12., 14.2., 11., 16.3.06; SCMP, 13.2.06) -Pfennig-

## Mehr Handel zwischen China und ASEAN

Das chinesische Handelsministerium gab im Januar bekannt, dass das Handelsvolumen der Volksrepublik China mit den zehn Mitgliedsstaaten der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) im Jahre 2005 um 23% auf 130,4 Milliarden US\$ gestiegen sei.

Dies sei, so Yi Xiaozhun, wesentlich auf die im Juli letzten Jahres vorgenommenen Zollreduzierungen auf 7.000 Handelsprodukte zurückzuführen. Diese Maßnahme ist ein prozessualer Bestandteil eines Abkommens zur Schaffung der weltweit größten Freihandelszone zwischen China und den ASEAN-Staaten, das bereits im Jahre 2004 unterzeichnet worden war. Die bis 2010 zu errichtende Zone würde rund 1,8 Milliarden Menschen umfassen. China verhandelt zur Zeit darüber hinaus auch mit Indien, Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland über die Schaffung weiterer Freihandelszonen. (WSJ, 17.01.06; XNA, 09.01.06) -Loewen-

## Binnenwirtschaft

Margot Schüller, Li Chen und Laila Pfennig

### Zentralbank will vorsichtige Geldpolitik fortsetzen

Die chinesische Zentralbank erwartet für das Jahr 2006 eine Beschleunigung des Preisauftriebs. Der Zentralbankgouverneur Zhou Xiaochuan gab Ende Januar d.J. bekannt, dass die chinesische Regierung den Erwerb von Devisen für ihre Bürger und Unternehmen einfacher gestalten werde. Dies hätte zur Folge, dass Auslandsinvestitionen der Chinesen leichter werden und die Sparquote, die immer noch sehr hoch ist, verringert würde. Außerdem hat die Regierung vor, die Kontrolle über Investitionen im Ausland insgesamt zu reduzieren.

Die Zentralbank kündigte in ihrem Bericht zur Geldpolitik Ende 2005 an, dass sie

in diesem Jahr mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um 3% rechnet, nach einer Teuerung von 1,8% im Jahr 2005. Die Zentralbank will weiter an ihrer vorsichtigen Geldpolitik festhalten und die Geldmenge wie bereits im Jahr 2005 nur mäßig ausweiten.

Ferner unterstrich die Zentralbank in dem Bericht, dass sie für das Jahr 2006 ein Wirtschaftswachstum von rund 8% erwartet. Ein starker Rückgang des Investitionswachstums kann nach Ansicht der Zentralbank nicht erwartet werden. Im Jahr 2005 hatten die Investitionen gegenüber dem Jahr 2004 um 26% zugenommen.

Die Zentralbank hob in ihrem Bericht ebenfalls hervor, dass die Reform der Wechselkurspolitik weiter fortgesetzt wird, um die Zahlungsbilanz zu beeinflussen. Aber sie betonte gleichzeitig, dass auch andere Faktoren zum Handelsbilanzüberschuss beitragen, nicht nur der Wechselkurs. Die hohe Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Produkte wird vor allem durch das Lohnniveau beeinflusst. Aus einem Bericht der *China Daily* geht hervor, dass China dieses Jahr mit 25 Mio. Arbeitssuchenden rechnet. Es stehen allerdings nur 11 Mio. Arbeitsplätze zur Verfügung. Dies würde bedeuten, dass das Angebot an Arbeit die Nachfrage bei weitem übersteigt. Arbeitgeber haben demzufolge viel Spielraum bei der Gestaltung von Löhnen. Die Zentralbank reagiert mit dieser Argumentation auf die Kritik seitens der USA, für einen deflationären Druck auf die Erzeugerpreise verantwortlich sein zu können. (NfA, 23.2.06; FTD, 26.1.06; WSJ, 14., 15., 23., 24.2., 5., 8., 14.3.06) -Li-

## Chinas Kartellrechtsentwurf bei Auslandsunternehmen umstritten

Ausländische Unternehmen haben große Bedenken in Bezug auf den neuen chinesischen Kartellrechtsentwurf. Eigentlich hatten sie gehofft, dass die erwartete Gesetzgebung ihnen den Weg zu den Märkten Chinas besser ebnet würde. Nunmehr wird befürchtet, dass Patente ausländischer Firmen noch stärker beeinträchtigt werden könnten. Ihre Sorge bezieht sich darauf, dass der zuletzt veröffentlichte Gesetzentwurf, der auch den Missbrauch geistiger Eigentumsrechte anspricht, keine exakten Richtlinien für ein Vorgehen gegen dieses Delikt enthält.

Der Brüsseler Rechts- und Chinaexperte Georg Metaxas konstatiert: „Es gibt jede Menge Unklarheiten in dem Gesetzentwurf. Ich sehe die Möglichkeit, dass der Text in einer Weise ausgelegt werden kann, der die Chinesen unmittelbar bevorteiligt“. Metaxas zufolge könnte beispielsweise eine Situation entstehen, in der eine chinesische Firma, die Software von Microsoft verwendet, die Kartellbehörde anruft, um gegen Lizenzgebühren vorzugehen. Als Grund könnte sie angeben, dass durch die Marktmacht von Microsoft ihr Geschäft beeinträchtigt wird. Obwohl auch in der EU ein ähnlicher Rechtsstreit gegenüber Microsoft besteht, geht es hierbei um die Kompatibilität der Programme mit anderen Wettbewerbern, nicht um Eigentumsrechte.

Eine große Zahl europäischer und US-amerikanischer Unternehmer, Rechtsanwälte und Politiker versuchten in den vergangenen zwei Jahren, mit der chinesischen Seite ge-

meinsam über den Gesetzentwurf zu debattieren. Sinn und Zweck der Teilnahme war, Vorstellungen der ausländischen Unternehmen zum besseren Schutz der Eigentumsrechte einzubringen. Dazu gehörten auch andere Anregungen und Erfahrungen, wie transparentere Bestimmungen über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen.

China-Beobachter gehen davon aus, dass eine Kartellgesetzgebung, die staatliche Monopole nicht antastet, nicht die gewünschte Öffnung der chinesischen Wirtschaft zur Folge hat. So existieren vielfältige staatliche Monopole, insbesondere regionale Verwaltungsmonopole, und staatliche Branchenmonopole. Diese entstanden im Verlauf des Reformprozesses, als bestimmten Unternehmen besondere Produktions- und Handelsrechte zugewiesen wurden (siehe Mock, M. (2005), „Die Entwicklung der Kartellgesetzgebung“, in: Heuser, Robert (Hrsg.), *Beiträge zum chinesischen Zivil- und Wirtschaftsrecht*, MIA Nr. 383, Hamburg).

Die Gestaltung des chinesischen Kartell- bzw. Wettbewerbsrechtes hat auch Auswirkungen auf ausländische Unternehmen, die mit chinesischen Unternehmen im internationalen Wettbewerb stehen. In einer Reihe von Branchen haben chinesische Unternehmen bereits eine herausragende Marktstellung, und europäische sowie US-amerikanische Unternehmen befürchten, dass China für zunehmend mehr Industrie- und Verbrauchsprodukte die Preise diktieren könnte. Während in westlichen Marktwirtschaften die Unternehmen den nationalen Wettbewerbsgesetzen unterliegen, gelten vergleichbare Restriktionen nicht für chinesi-

sche Unternehmen, die Preisabsprachen untereinander treffen würden.

Beispiel hierfür sind Preisabsprachen chinesischer Vitamin-C-Hersteller, die bereits seit Jahren eine dominante Marktstellung besitzen. Seitdem im Jahre 2001 die vier größten Produzenten Chinas ein Abkommen getroffen haben, verdreifachte sich der Preis pro Kilo von weniger als 3 US\$ auf etwa 9 US\$. Sowohl in den USA als auch in Europa ist es gesetzlich verboten, dass Unternehmen Preisabsprachen treffen. Aus diesem Grunde kam es in den USA vermehrt zu Klagen gegen chinesische Vitamin-C-Produzenten. Diese Hersteller verteidigten sich laut US-Anwälten mit der Begründung, dass sie als Auftragnehmer der chinesischen Regierung fungierten und in deren Namen die Geschäfte führen würden. Der Staat als Auftraggeber wäre dem Wettbewerbsrecht nicht unterstellt. Außerdem argumentierten etliche chinesische Unternehmer damit, dass sie die Preise mit Absicht angezogen hätten, um Dumping-Vorwürfen zu entgehen.

Das Vorgehen der chinesischen Vitamin-C-Produzenten übernahmen jüngst auch andere Hersteller. So sollen die Produzenten des Schmerzmittels Acetaminophen ebenfalls geheime Preisabsprachen getroffen hätten. Die Preise stiegen daraufhin nach und nach um mehr als 20%. Auch Hersteller von Saccharin, Rayon und Magnesit – Mineralien, die in der Stahlindustrie verarbeitet werden – hätten illegale Abkommen miteinander geschlossen. Um sich gegen Klagen des US-Handelsministeriums zu wehren, bildeten fünf Saccharin-Hersteller das „Saccharin Sub-Komitee“ der chinesischen Handelskammer, die einer Regierungsinstitution

gleichkam. Sowohl Europäer als auch die US-Amerikaner verlangten ein Kartellgesetz von China, das solche Vorfälle zu verhindert. (DJP, 10.2.06; HB, 5.1.06; NfA, 6., 15.2.06) -Li und Schüller-

## Vorgaben für die Wirtschaftsentwicklung 2006

Auf der Tagung des Nationalen Volkskongresses (NVK) Anfang März d.J. legte Ministerpräsident Wen Jiabao den Regierungsbericht über das Jahr 2005 vor und stellte die Ziele für die Wirtschaftsentwicklung des Jahres 2006 vor.

Wen Jiabao gab zunächst einen Überblick über die wichtigsten Wirtschaftsdaten (siehe C.a., 1/2006, S.134-136). Anschließend nannte Wen eine Reihe von Problemen, die die wirtschaftliche und soziale Entwicklung behinderten. Hierzu zählte Wen:

- Probleme bei der Erhöhung des Getreideoutputs und der Steigerung der ländlichen Einkommen. Ursache hierfür ist vor allem der Rückgang des Ackerlandes sowie ein starker Preisdruck auf Erhöhung der agrarischen Inputpreise bei gleichzeitigem Druck auf eine Preissenkung für Getreide.
- Das Wachstum der Anlageinvestitionen ist weiterhin zu hoch, insbesondere in einigen Industriesektoren. Weiterhin wurden zu viele neue Projekte begonnen.
- Die negativen Auswirkungen der Überkapazitäten in bestimmten Industrien haben den Preisdruck verstärkt, die Gewinne sinken lassen, zu Verlusten geführt und das Risiko finanzieller Verluste bei den Banken erhöht.

- In der Bevölkerung gibt es Sorgen über die steigenden Kosten der medizinischen Versorgung und Bildung. Sorgen der Bevölkerung betreffen auch die Enteignung von Land (in den ländlichen Regionen), die Zerstörung von Häusern und die Umsiedlung, die Restrukturierung von Unternehmen sowie die Umweltverschmutzung.
- Es gibt schwerwiegende Probleme in der Produktionssicherheit, die sich in Unfällen in Kohleminen widerspiegeln. Weiterhin ist die Zahl der Verkehrsunfälle zu hoch.

Wen Jiabao sprach auch die Defizite in der Arbeit der Regierung an, insbesondere Probleme wie Bürokratie und Korruption der Beamten.

Hinsichtlich der Entwicklung für das Jahr 2006 stellte Wen die wesentlichen Aufgaben und Ziele vor. Da das laufende Jahr das erste im neuen Fünfjahresplan (inzwischen als Fünfjahresprogramm umbenannt) ist, wies Wen auf die Notwendigkeit hin, einen erfolgreichen Start zu garantieren. Als die wichtigsten Zielvorgaben nannte Wen

- Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von rund 8%,
- Reduzierung des Energiekonsums pro BIP-Einheit um rund 4%,
- Begrenzung des Anstiegs der Verbraucherpreise auf 3%,
- Erhöhung der städtischen Beschäftigung um 9 Mio. Arbeitskräfte; die städtische Arbeitslosenquote soll nicht über 4,6% steigen,
- im Wesentlichen ausgeglichene Teilbilanzen in der Zahlungsbilanz.

Als weitere Indikativdaten zur Wirtschaftsentwicklung wird von einer Begrenzung des Anstiegs der Anlageinvestitionen um 18% gegenüber 25,7% im Vorjahr sowie einer Erhöhung des Einzelhandelsumsatzes um 14% ausgegangen.

Um diese Ziele zu erreichen, hält Wen Jiabao im Regierungsbericht eine Reihe von Maßnahmen für erforderlich. Dazu zählt die Aufrechterhaltung des relativ schnellen Wirtschaftswachstums, allerdings ohne größere Ausschläge. Weiterhin soll die derzeitige Fiskal- und Geldpolitik fortgesetzt werden. Aufgrund der positiven Wirtschaftsentwicklung geht die Regierung davon aus, dass die Ausgabe von langfristigen Anleihen für Infrastrukturprojekte und das Haushaltsdefizit zurückgeführt werden können. Die Emission von Staatsanleihen sollen auf 60 Mrd. RMB beschränkt werden, 20 Mrd. RMB weniger als 2005. Gleichzeitig sollen reguläre Anleihen für den Investbau im Zentralhaushalt um 10 Mrd. RMB erhöht werden. Weiterhin ist vorgesehen, das Haushaltsdefizit um 5 Mrd. RMB gegenüber dem Vorjahr auf 295 Mrd. RMB zu reduzieren.

Wen Jiabao betonte in seiner Rede, dass die Entwicklung der ländlichen Regionen Priorität genießen soll. Die staatlichen Ausgaben für Infrastruktur sollten in erster Linie der ländlichen Entwicklung dienen, dies sei eine grundsätzliche Kehrtwende in der Politik der Regierung. Insgesamt wird für das Jahr 2006 von fiskalischen Ausgaben für Landwirtschaft, die Bauern und ländliche Gebiete in Höhe von 339,7 Mrd. RMB ausgegangen, eine Erhöhung um 42,2% gegenüber dem Vorjahr.

Zu den Maßnahmen zur Unterstützung der ländlichen Gebiete gehört auch die Befreiung der Bauern von der Agrarsteuer. Wen wies in seiner Rede darauf hin, dass hier von Steuern in Höhe von 33,6 Mrd. RMB sowie Gebühren in Höhe von 70 Mrd. RMB betroffen sind. Um die Funktionsfähigkeit der lokalen Verwaltungsebenen und die Ausgaben für die Bildung in den ländlichen Gebieten zu decken, werden nach Abschaffung dieser Agrarsteuern und Gebühren aus dem Haushalt rund 103 Mrd. RMB überwiesen. Davon entfallen 78 Mrd. RMB auf den Zentralhaushalt in Form von Transferzahlungen und 25 Mrd. RMB auf die lokalen Haushalte. (BBC, PF, 5.3.06; XNA, 5.3.06; WSJ, 5.3.06) -Schüller-

### **Chinas Fünfjahresprogramm (2006-2010)**

Während der NVK-Tagung wurde auch der Fünfjahresplan, der nunmehr in Fünfjahresprogramm umbenannt wurde, verabschiedet. Zu den wichtigsten Zielvorstellungen zählen höhere Einkommen, bezahlbare Wohnungen, bessere Bildungschancen und weniger Umweltverschmutzung.

Bis zum Jahr 2010 soll das BIP pro Kopf und Jahr von derzeit 1.700 US\$ auf 2.400 US\$ angestiegen sein. Ma Kai, Minister der National Development and Reform Commission (NDRC), kündigte bei der Vorstellung der Ziele während einer Pressekonferenz an, dass die Regierung davon ausgehe, dass das verfügbare Einkommen der städtischen Bevölkerung auf durchschnittlich 1.650 US\$ (13.390 RMB) und das Pro-Kopf-Einkommen der ländlichen Bevölke-

rung auf 511 US\$ (4.150 RMB) steigen. Obwohl das Einkommen der Bauern damit deutlich zunehmen wird, bleiben die bestehenden Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land bestehen. Hoffnungen bestehen lediglich dahingehend, dass die Einkommensschere sich nicht weiter öffnet.

Um die Einkommenssituation der ländlichen Bevölkerung zu verbessern, sollen rund 45 Mio. Bauern ausgebildet werden, um in der industriellen Produktion arbeiten zu können. Weitere Maßnahmen betreffen die Verbesserung der ländlichen Trinkwasserversorgung, um sauberes Trinkwasser für rund 100 Mio. Bauern bereit zu stellen. Weitere 5 Mio. ländliche Haushalte sollen in den nächsten fünf Jahren an das Elektrizitätsnetz angeschlossen werden. Weiterhin ist die Verbesserung der sozialen Sicherung auf dem Land vorgesehen. Mit staatlichen Mitteln soll ein kooperatives medizinisches Versorgungssystem aufgebaut werden, das 80% der ländlichen Bevölkerung absichern soll; derzeit liegt diese Quote bei lediglich 23%.

Die Ausgaben für Bildung sollen innerhalb der nächsten fünf Jahre von derzeit 3,41% am BIP (2002) auf 4% im Jahr 2010 erhöht werden. Vorgesehen ist, dass bis zum Jahr 2007 keine Gebühren für den neunjährigen Schulbesuch in den ländlichen Regionen erhoben werden. Hierfür will die Zentralregierung zusätzlich 218,2 Mrd. RMB (27,27 Mrd. US\$) aus dem Haushalt bereit stellen.

In seinem Regierungsbericht vor dem NVK ging Wen Jiabao auf die Inhalte des Programms näher ein. Der Programmtext spiegelt Wen zufolge die Bedürfnisse der sozialistischen Marktwirtschaftsentwick-

lung und die neue Situation der Reform und Öffnung des Landes wider. Das Programm habe eine gesamtwirtschaftliche, strategische und politikorientierte Ausrichtung und zeige die Zuständigkeiten und Schwerpunkte in der Arbeit der Regierung.

Die wichtigsten Eckpunkte des Fünfjahresprogramms sind der unten stehenden Tabelle (Zielvorgaben im 11. Fünfjahresprogramm) zu entnehmen.

Mit einer geplanten durchschnittlichen Wachstumsrate von 7,5% im Zeitraum von 2006 bis 2010 geht die Regierung von einer Abschwächung der Wirtschaftsentwicklung im Vergleich zur vorangegangenen Fünfjahresperiode aus. So hat das Durchschnittswachstum in den vorangegangenen fünf Jahren 9,5% betragen und soll gleichzeitig effizienter werden als in der Vergangenheit. So ist eine Reduzierung des Energieverbrauchs um 20% und ein Rückgang des Schadstoffausstoßes um 10% vorgesehen. (*China Daily*, 7.3.06; BBC, PF, 5.3.06; The Straits Times Interactive, 7.3.06; Dpa-Bericht, in FAZ, 15.3.06) -Li und Schüller-

## Beijing setzt verstärkt auf Alternativen zu Öl

Im Januar 2006 gab Zhang Guobao, Vize-Direktor der National Development and Reform Commission (NDRC), neue Regierungsvorgaben bekannt, denen zufolge größere Energieerzeugungsbetriebe bis 2010 mindestens 5% ihres Stroms aus erneuerbaren Energien produzieren sollen. Im Jahr 2020 habe der Anteil von umweltfreundlich erzeugtem Strom sogar 10% zu betragen. Die neuen Vorgaben entstammen der von

Tab. 1: Zielvorgaben im 11. Fünfjahresprogramm 2006-2010

Eckpunkte	Zielvorgabe
Jährliches Wirtschaftswachstum	7,5%
Offizielle Arbeitslosenquote	unter 5%
Anstieg der Urbanisierung	auf 47% der Bevölkerung
Senkung des Schadstoffausstoßes	um 10%
Senkung des Wasserverbrauchs	um 30%
Senkung des Energieverbrauchs	um 20%
Bevölkerungswachstum	nicht über 1,36 Mrd.
Gesamtlänge neuer Eisenbahnstrecken	17.000 km

Quelle: „Text of Chinese premier’s government work report at NPC session“, BBC, PF, 5.3.06; FAZ, 15.3.06.

diversen Expertenkommissionen vorbereiteten „Alternativen Öl-Strategie“, Bestandteil des 11. Fünfjahresprogramms. Zu den erneuerbaren Energiequellen werden darin nicht-fossile Brennstoffe wie Wind, Solarenergie und Biomasse gezählt.

Bisher wurden erneuerbare Energien in China nur durch kleine Pilotprojekte erzeugt. In Nachfolgeprojekten der ersten Phase des letztjährigen China Renewable Energy Scale-Up Programme werden nun mittels eines 692-Mio.-Yuan-Kredits der Weltbank eine Windfarm in der Mongolei und verschiedene Wasserkraftprojekte finanziert. In ihrer Wirkung auf die gesamte Versorgung des Landes stößt die Wasserkraft allerdings auf Grenzen, da der Bau von weiteren Dämmen zu schwer vertretbaren Umsiedlungsaktionen führen würde.

Christopher Flavin vom Worldwatch Institute sieht die Förderung von erneuerbarer Energie als Erfolg versprechend an: „In fünf Jahren sehen wir China als weltführend in diesem Bereich. Schon jetzt erhalten 35 Mio. Haushalte in China ihren Warmwasser-Be-

darf aus Solarkollektoren. Das ist mehr als der Rest der Welt kombiniert“.

Die Förderung erneuerbarer Energien ist nur ein Teil von Chinas Strategie, sein Energie-Portofolio zu diversifizieren. Das hohe Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre hat dazu beigetragen, dass der Energiebedarf des Landes enorm gestiegen ist. Firmen und Privathaushalte litten in der Vergangenheit wiederholt unter Stromausfällen. Zur gleichen Zeit steigt das Einkommen bestimmter Bevölkerungsschichten und damit verbunden der Konsum von Luxusgütern. Schätzungen zufolge werden dieses Jahr in China mehr als 6 Mio. Fahrzeuge gekauft. Der zusätzlich benötigte Treibstoff hat einen großen Teil des Energieproblems verursacht. Die derzeit einzige Alternative zu Benzin ist Ethanol, ein Kraftstoffzusatz aus Korn, Weizen, Kartoffeln und Zuckerrohr, der bisher nur in fünf chinesischen Provinzen in Umlauf ist und dessen Nutzung nun landesweit propagiert werden soll. Mit dem neuen Energiegesetz sollen auch den aus dem hohen Energieverbrauch resul-

tierenden Schadstoffemissionen Einhalt geboten werden. Der Einsatz von Kohle deckt 76% des Energiebedarfs Chinas für Heizung und Elektrizität, wobei schon 2/3 für die Generierung von Strom verwendet wird.

In großem Maße hat der Kohleverbrauch dazu beigetragen, dass von den laut World Bank 20 meistverschmutzten Städten der Welt 16 in China liegen. Besonders in dicht bevölkerten Regionen befürchtet die Regierung, dass sich die Unzufriedenheit über die herrschenden Umstände in sozialen Unruhen ausdrücken könnte. Der Versuch, Kohle in großem Maße durch Erdgas zu substituieren, scheint in China zunächst gescheitert zu sein. Erdgas verbrennt effizienter und sauberer als Kohle und kann einerseits zum Beheizen von und Kochen in den Haushalten verwendet werden. Andererseits könnten die beiden größten Energiekonsumenten des Landes, Kraftwerke und Schwerindustrie, mittels Erdgas betrieben werden. Auch liegen in ganz China verteilt verschiedene unangezapfte Gasfelder. Beijing plant, bis 2010 den Erdgasanteil an Chinas gesamter Energieversorgung von derzeit 3% auf 8% zu steigern. Dennoch mussten die chinesischen Staatsbetriebe trotz des geplanten Baus von Erdgasterminals und der vermehrten Legung von Gasleitungen in Großstädten diverse bereits geschlossene Verträge mit internationalen Erdgasexporteuren auf Grund zu hoher Preise wieder lösen. Die hohen Preise begründen sich aus den vergleichsweise hohen Transportkosten von Erdgas und einer gesteigerten Erdgasnachfrage der USA, die ebenfalls vermehrt Kohle durch Erdgas substituieren möchten. Daher ist es wenig verwunderlich, dass fast alle der

168 seit Juli 2005 von der chinesischen Regierung zugelassenen Kraftwerke kohlegefeuert sind.

Steigende Investitionen hat hingegen die Verflüssigung von Kohle zu verzeichnen, ein sauberer und relativ effizienter Prozess, Kohle in synthetisches Öl umzuwandeln. Beijing plant, innerhalb der nächsten 5-10 Jahre 15 Mrd. US\$ in den Bau von Kraftwerken zu investieren, die durch Kohleerflüssigung jährlich 16 Mio. Tonnen Ölprodukte herstellen sollen. Vorteil dieser Methode ist, dass weiterhin die reichen Kohlereserven der Provinzen Shanxi, Shaanxi, Yunnan und der Inneren Mongolei, alle bevorzugte Standorte der geplanten Kraftwerke, genutzt werden könnten.

Nicht auf der Förderliste der erneuerbaren Energien geführt, aber dennoch wichtiger Bestandteil der „Alternativen Öl-Strategie“ des Fünfjahresprogramms ist der Ausbau von Kernkraft. Am 16. Februar 2006 kündigte die China Guangdong Nuclear Power Holding den Bau eines 100 Mrd. Yuan teuren Atomkraftwerks in der Provinz Guangdong an. In China sind derzeit 9 Kernreaktoren in Betrieb, die 2% der gesamten Elektrizität des Landes generieren. Bis 2020 sollen 40 neue Nukleargeneratoren hinzukommen und somit 6% des Energiebedarfs gedeckt werden. Bauprojekte stehen in den südlichen und östlichen Küstenregionen unmittelbar an, aber langfristig sollen auch ländlichere Provinzen wie Sichuan mit Atomkraftwerken ausgestattet werden. Ein Problem könnte der sich seit 2002 teilweise in Erwartung von gesteigerter Nachfrage aus China fast vervierfachte Preis von Uran darstellen.

Wann die „Alternative Öl-Strategie“ der Beijinger Regierung Früchte tragen wird, bleibt unklar. Nach Einschätzungen der Energieberatungsfirma Beijing Falcon Pioneer Technology werde es mindestens fünf Jahre dauern, bis Kohle- und Ölfirmen einen Effekt von Beijings neuer Energiepolitik spüren werden. (NfA, 23.1.06; SCMP, 9., 16.2.06; WSJ, 14., 16., 21.2., 3.3.06; *Straits Times*, 14.2.06; NZZ, 7.3.06) -Pfennig-

### Strategische Ölreserven werden ausgebaut

Um das Risiko von Ölversorgungsengpässen zu reduzieren, hat die NDRC dem Ausbau der strategischen Ölreserven Chinas höchste Priorität beigemessen. Im Laufe eines Großprojekts, das mit dem Bau der ersten Reservetanks 2004 begonnen hat, sollen in drei Phasen ausreichende Lagereinrichtungen entstehen, um im Falle von starken Schwankungen auf dem internationalen Ölmarkt zumindest für einige Zeit den Petroleumbedarf des Landes eigenständig zu decken.

Während der ersten Phase sollen vier über das Land verteilte große Tankanlagen mit einer kombinierten Kapazität von bis zu 12 Mio. Tonnen, äquivalent zu einem Monatskonsum von Petroleum in China, gebaut werden. Die erste dieser Einrichtungen in der Provinz Zhejiang ist nach Auskunft des Vorsitzenden der NDRC, Ma Kai, bereits fast fertiggestellt und wird ab Ende 2006 mit Öl gefüllt werden. Auf Grund von hohen internationalen Ölpreisen ist das Projekt um ein Jahr in Verzug. Weitere drei Einrichtungen entstehen derzeit in den Provin-

zen Shandong und Liaoning mit avisierte Fertigstellung im Jahre 2007. In der zweiten und dritten Phase sollen die Kapazitäten durch weitere Tankanlagen mit einem Fassungsvermögen von je 28 Mio. Tonnen erweitert werden.

Für die Provinz Guangdong hat die chinesische Regierung bereits eine Investition von 5 Mrd. Yuan zugesichert, um in den Küstenstädten Maoming und Zhanjiang innerhalb der nächsten fünf Jahre Ölbasen zu bauen. Guangdong konsumiert fast ein Drittel der jährlichen Ölimporte und besitzt keine eigenen nationalen Ölreserven. Die Lagerkapazität der neuen Tanks könnte die Petroleumnachfrage Guangdongs für den Zeitraum eines halben Jahres erfüllen.

Die derzeit einzigen erwähnenswerten Ölreserven Chinas sind kommerzieller Natur und werden von den Staatsbetrieben China National Petroleum Corporation (CNPC) und China Petroleum and Chemical Corporation (Sinopec) gehalten. Sie könnten nur 21 Tage lang den nationalen Petroleumbedarf decken. Durch Regulierungen im Bereich der Entstehung und Verwaltung von nationalen Ölreserven versucht die Regierung, die Interessen von sowohl Staatsbetrieben als auch privaten Firmen zu wahren und Letztgenannte zu ermutigen, sich ebenfalls am Bau von Lagerbeständen zu beteiligen. Allgemein wird vom Aufbau der chinesischen Petroleumreserven eine Stabilisierung des internationalen Ölmarktes erwartet. (WSJ, 27.2., 1., 7., 12.3.06; *Straits Times*, 6.3.06) -Pfennig-